

Senioren raus, Asylbewerber rein

▶ Asylbewerber bringen offenbar mehr Geld ein als deutsche Senioren. Folgerichtig hat die Stadt Baden-Baden in bislang 20 Wohnungen des Schwarzwaldwohnstift, einem Seniorenheim im Stadtteil Lichtental, Asylbewerber und Obdachlose untergebracht. Zuvor hatten die Eigentümer in mehreren Fällen Räumungsaufforderungen an Senioren versendet, die Vormieter eines Teils dieser Wohnungen waren.

In anderen Wohnungen dieser Einrichtung leben nach wie vor betagte Deutsche. Sie wurden nach ihrer Meinung über die Veränderung bei der Zusammensetzung ihrer Mitbewohner im Schwarzwaldwohnstift nicht gefragt.

Dietmar Späth, der parteilose Oberbürgermeister von Baden-Baden, gibt sich ahnungslos. Ihm sei nicht bekannt gewesen, dass Bewohner des Stifts dazu aufgefordert wurden, auszuziehen und den Asylbewerbern und Obdachlosen Platz zu machen, erklärte er der Presse.

Die Senioren werden verdrängt, und die Politik schaut weg.

Der Schwarzwaldwohnstift in Baden-Baden wird so zu einer Miniatur der deutschen politischen Verhältnisse. Und beispielhaft ist dabei auch die Geduld, mit der sich die Senioren aus ihrem Stift verdrängen lassen. Heimbewohner haben ein paar Unterschriften für den Erhalt der Einrichtung gesammelt. Die werden in der Rundablage landen. Von Widerstand ist bislang nichts bekannt geworden.

Manfred Rouhs



Mit einer Bevölkerung, die kaum noch lesen, schreiben und rechnen kann, geht es wirtschaftlich abwärts. | Abbildung: Adobe Stock

Integration gescheitert:

Pisa 2023 und der Zusammenbruch unserer Volkswirtschaft

▶ Rund ein Viertel der heute 15-jährigen Schüler in Deutschland kann nicht gut lesen, schreiben und rechnen und verfügt über unzureichende naturwissenschaftliche Kenntnisse. Noch nie waren die Zahlen für Deutschland bei einer Pisa-Studie so schlecht. Staunen und Empörung sind groß. Der Zusammenhang dieser Entwicklung mit der absurden Zuwanderungspolitik der alten politischen Kräfte ist offensichtlich.

Die mittel- und langfristigen volkswirtschaftlichen Folgen der deutschen Bildungskatastrophe werden durchschlagend sein, aber bislang kaum in der Öffentlichkeit diskutiert. Denn bereits in wenigen Jahren drängt eine junge Generation ins Erwerbsleben, die zu etwa einem Viertel nur für die Ausführung sehr einfacher, niedrig entlohnter Tätigkeiten in Frage kommt. Viele werden nie eine Ar-

beit ausüben, sondern auf Dauer Sozialleistungen beziehen. Ein Teil wird seine materielle Benachteiligung gegenüber anderen Menschen durch die Begehung von Straftaten zu kompensieren versuchen.

Heute schon liegt die Staatsquote auf Lohnarbeit in Deutschland bei rund 70 Prozent. Das heißt: Wenn wir alle öffentlichen Faktoren der Lohnarbeit aufaddieren, von der Umsatzsteuer über die Lohnsteuer bis zu den Sozialversicherungsbeiträgen, dann fließen von 100 Euro, die beispielsweise eine Firma für die Arbeit eines sozialversicherungspflichtig beschäftigten Handwerkers von einem Endkunden vereinnahmt, 70 Euro in irgendeine öffentliche Kasse. Nur 30 Euro verbleiben bei dem Unternehmen, das den Handwerker beschäftigt.

Weiter auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

In China dagegen liegt die Staatsquote auf der Lohnarbeit bei nur 20 Prozent. Damit ist Deutschland heute schon international - um es vorsichtig zu formulieren - ein problematischer, gefährdeter Wirtschaftsstandort.

Die deutsche Staatsquote auf Lohnarbeit müsste unbedingt sinken, um unsere Konkurrenzfähigkeit wiederherzustellen. Aber stattdessen wird sie steigen.

Mehr Geringverdiener erwirtschaften weniger Steuern. Sie belasten aber die Sozialsysteme einschließlich des Gesundheitswesens eher mehr als weniger. Sie zahlen wenig oder gar nichts in das Sozialsystem ein.

Mehr Kriminelle erfordern mehr Polizei. Oder die Aufgabe bestimmter Stadtteile in den Großstädten, in denen sich Recht und Gesetz mangels Personal bei den Sicherheitskräften nicht mehr durchsetzen lassen.

Also muss und wird die Staatsquote auf die Lohnarbeit derer, die noch weitermachen, auf dem Weg Deutschlands in Richtung Kollaps über 70 Prozent steigen. Dann war es das endgültig mit der deutschen internationalen Konkurrenzfähigkeit.

Falls nichts Einschneidendes geschieht, wird Sarrazin also recht behalten mit seiner düsteren Prognose von 2010: Deutschland schafft sich ab.

Mittel- und Westeuropas multi-kulturelle Gesellschaften fallen in der Bildungspolitik hinter Osteuropa und Asien zurück. | Foto Urheber: mynewturtle



Baerbock- Ministerium drängt zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Gaza

Das Außenministerium von Annalena Baerbock befürwortet die Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Gaza-Streifen in Deutschland. Ägypten, Jordanien, Syrien und der Libanon haben bereits erklärt, diese Menschen nicht bei sich aufnehmen zu wollen - aus Angst, sich Terroristen ins Land zu holen. Die deutsche Bundesregierung dagegen drängt geradezu danach, Flüchtlingen aus dem Nahen Osten Kost und Logis anzubieten.

„Deutschland bereitet sich auf die Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Gazastreifen vor“, schreibt die „Bild“-Zeitung. Ein Teil dieser Araber hat die deutsche Staatsbürgerschaft, und das Auswärtige Amt verkündet stolz: „Wir konnten bisher erreichen, dass rund 320 Deutsche einschließlich ihrer Familienangehörigen sicher aus Gaza ausreisen konnten.“ Im Garten der deutschen Botschaft in Kairo warten bereits Beamte darauf, ihnen die notwendigen Papiere für eine schnelle

Weiterreise nach Deutschland auszustellen.

Der ägyptische Präsident Abdel Fattah-al-Sisi dagegen sagt klipp und klar: „Sie sollten in ihrem Land bleiben“. Das berichtet „ntv“. Der Sender zitiert einen Ägypter, der keine Hamas-Unterstützer in seinem Land haben will, denn: „Wachhunde werden im Garten an der Leine gehalten, nicht im Schlafzimmer. Sie sollen deine Feinde bedrohen, nicht deine Kinder.“

Die deutsche Bundesregierung, allen voran das Außenministerium, beurteilt die Situation dagegen optimistisch. Während rund um die Regierungsgebäude in Berlin seit 2019 mehrmals die Sicherheitsvorkehrungen verstärkt und

sich der Bundestag vor wenigen Wochen erst für 4,5 Millionen Euro zusätzlich eingepollert hat, muss die Normalbevölkerung sehen, wie sie mit Gefahrenpotentialen klarkommt.

König Abdullah II. von Jordanien geht davon aus, dass es sich bei einem Teil der Flüchtlinge aus Gaza um Terroristen handelt. Er erklärt laut „ntv“: „Ich glaube, ich spreche nicht nur im Namen der jordanischen Regierung, sondern auch im Namen unserer ägyptischen Freunde: keine Flüchtlinge in Jordanien, keine Flüchtlinge in Ägypten.“

Der herrschende deutsche Politikbetrieb dagegen kennt weder Gefahren noch Risiken.

Foto: EPA-EFE, rex, Shutterstock





Diese Großmoschee, mit der die DITIB Germersheim kulturell bereichern wollte, wird nie gebaut werden. | Urheber: DITIB

Germersheim: „Aus“ für DITIB-Großmoschee

Die türkisch-islamische Union DITIB ist in Germersheim endgültig gescheitert mit ihrem Vorhaben, eine Großmoschee im orientalischen Stil für 500 Gläubige zu bauen. Ihr Bauantrag vom Juni 2019 für die Errichtung eines repräsentativen Baus mit Kuppel und zwei Minaretten auf einer Nutzfläche von etwa 2.226 m² und zwei Gebetsräumen mit einer Gesamtfläche von 625 m² wurde von der Kommunalverwaltung abgelehnt. Eine Klage der DITIB gegen diese Entscheidung wies 2022 das Verwaltungsgericht (VG) Neustadt an der Weinstraße ab. Jetzt hat das Oberverwaltungsgericht (OVG) Rheinland-Pfalz in Koblenz die Berufung der DITIB gegen dieses Urteil verworfen (Aktenzeichen: 8 A 10433/23 OVG).

Die Begründung der Richter ist denkbar harmlos: Das Gebäude wird als nicht gebietsverträglich bewertet und festgestellt, dass die von der DITIB angebotenen 15 Stellplätze für 500 Gottesdienstbewohner zu wenig sind, wie die „Legal Tribune Online“ berichtet.

Mit ähnlicher Begründung hätte in den letzten 30 Jahren die Mehrzahl aller Moschee-Bauvorhaben in Deutschland verworfen werden können. Außer vielleicht in Duisburg-Marxloh, Hamburg St. Georg, Köln Kalk oder Berlin Neukölln-Nord, wo keine Deutschen mehr leben. Dort mag auf eine makabre Art und Weise eine Gebietsverträglichkeit orientalischer Großmoscheen mit der Umgebung dadurch herbeigeführt worden sein,

dass die frühere deutsche Wohnbevölkerung dieser Gebiete vollständig verdrängt worden ist und dort mittlerweile nur noch Türken oder Araber leben.

Die Bäume der vom türkischen Staat kontrollierten DITIB wachsen auch in Deutschland nicht mehr in den Himmel. Die etablierten Institutionen haben zwar offenbar noch nicht den kultur-fremden Teil der Massenzuwanderung als Problem erkannt, wohl aber die Steuerung eines Teils der Zuwanderer durch staatliche türkische Institutionen, die offenbar politisch nicht mehr erwünscht ist.

Und die Justiz weiß offenbar, was die Politik von ihr erwartet - im Guten wie im Bösen.

Eine einzelne Schwalbe macht noch keinen Frühling. Ein einziges gescheitertes Großmoschee-Projekt bedeutet noch keine Wende im Islamisierungsprozess: Aber einen Schritt in die richtige Richtung, dem viele weitere folgen müssen!

Mit Lug und Trug für ein AfD-Verbot

Das „Zentrum für politische Schönheit“ hat eine Ansprache von Bundeskanzler Olaf Scholz gefälscht, in der behauptet wird, die AfD sei verboten worden: „Scholz verbietet die AfD!“ Gleichzeitig gingen verschiedene Internetseiten online, auf denen zum Hochladen von belastendem Material gegen die AfD für ein Parteiverbot aufgerufen wird. Chatverläufe und eMails sollen die angebliche Verfassungsfeindlichkeit der AfD belegen.



Die Internetseite der Organisation zeigt Alexander Gauland, Björn Höcke, Alice Weidel und andere AfD-Vertreter hinter Gittern. Wo jedermann selbst Chatinhalte und Mailverläufe fälschen und der AfD unterschieben kann, dürfte auch kaum Platz für Zweifel am relativen Erfolg der Kampagne bleiben: Nach einiger Zeit wird die Vereinigung Hasparolen aller Art veröffentlichen können, die jedermann zusammenschreiben kann, der ein Interesse daran hat, die AfD zu schädigen. Solche Inhalte können dann als vermeintliche Internas der AfD vermarktet werden.

Das Bundeskanzleramt prüft zaghaft rechtliche Schritte gegen den Missbrauch des Bundesadlers und anderer staatliche Embleme. Aber wirklich unsympathisch dürfte dem Bundeskanzler die Kampagne nicht sein. Bei Twitter haben bereits etliche Vertreter von SPD, CDU, Grünen und Linken die Fälschung als „mal wieder gelungene Aktionskunst von euch“ gelobt. Das Zitat stammt vom CDU-Vertreter Manuel Schwalm aus Berlin-Mitte, der damit die allgemeine Stimmungslage im politischen Mainstream treffend zusammengefasst haben dürfte.



Signal für Deutschland e.V.



IBAN: DE55 1705 2000 0940 0529 54

Wir kämpfen mit einfachsten Mitteln gegen die Übermacht der Massenmedien. Wir brauchen Geld, um weitere Video-Clips einkaufen zu können. Bitte unterstützen Sie uns mit einer steuerlich abzugsfähigen Spende!

Kopftuchverbot am Arbeitsplatz ist rechtens

Jahrzehntelang war in den Ländern der EU strittig, ob ein Arbeitgeber seinen Mitarbeiterinnen untersagen kann, am Arbeitsplatz ein islamisches Kopftuch zu tragen. Jetzt hat der Europäische Gerichtshof einen Schluss-Strich unter diese Auseinandersetzung gezogen: Ein Kopftuchverbot am Arbeitsplatz ist rechtens, und zwar sowohl in Privatunternehmen wie auch in der öffentlichen Verwaltung.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Signal für Deutschland e.V.

Alte Rhinstraße 16, 12681 Berlin

Vorstand nach § 26 BGB: Manfred Rouhs

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg,

Aktenzeichen VR 36107 B

V.i.S.d.P.: Manfred Rouhs, Druck: Eigendruck

Dauerbezug nur für Mitglieder. Der

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag von

EUR 60,00 jährlich enthalten.

Geklagt hatte eine Muslima in Belgien, die bereits seit fünf Jahren im öffentlichen Dienst arbeitete und mit Verweis auf das langjährige Arbeitsverhältnis ihr vermeintliches Recht einforderte, mit Kopftuch zur Arbeit erscheinen zu dürfen. Dies ist ihr zurecht verweigert worden, urteilte am 28. November 2023 letztinstanzlich der Europäische Gerichtshof (Az. C-148/22).

Voraussetzung ist, dass der Arbeitgeber ein religiös bzw. weltanschaulich neutrales Umfeld schafft und nach dem Prinzip „gleiches Recht für alle“ verfährt. Die „Legal Tribune Online“ fasst den Inhalt des Urteils wie folgt zusammen:

„Eine öffentliche Verwaltung kann das sichtbare Tragen von Zeichen, die weltanschauliche oder religiöse Überzeugungen erkennen lassen, verbieten, um ein vollständig neutrales Verwaltungsumfeld zu schaffen. Eine solche Regel sei nicht diskriminierend, wenn sie allgemein und unterschiedslos auf das gesamte Personal dieser Verwaltung angewandt wird und sich auf das absolut Notwendige beschränkt. Die Prüfung, ob die getroffenen Maßnahmen die Religionsfreiheit mit den diesem Verbot zugrunde liegenden rechtmäßigen Zielen in Einklang bringen, obliegt den nationalen Gerichten.“



Vom Drogeriemarkt bis zur Arztpraxis hatten Arbeitgeber für den privaten Sektor bereits zuvor das Recht erstritten, ein Kopftuchverbot aussprechen zu dürfen. Jetzt zieht der gesamte öffentliche Sektor nach, und die Privatunternehmen betreffende Rechtsprechung erfährt eine Bestätigung.

Das ist noch keine Wende im Kampf gegen die Islamisierung Europas. Aber, immerhin, ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.

Foto: epd

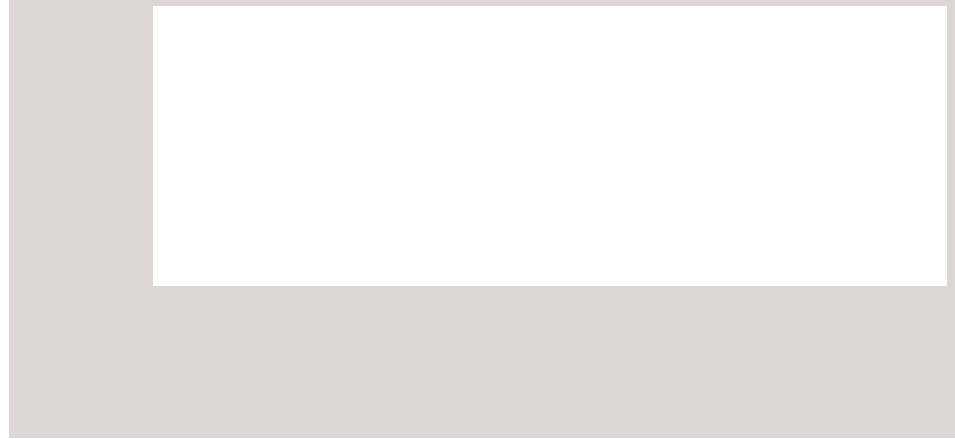
► **Außenministerin Annalena Baerbock hat - trotz leerer Kassen und einer handfesten Haushaltskrise - beim Weltklimagipfel in Dubai 100 Millionen US-Dollar aus der deutschen Staatskasse als eine Art Wiedergutmachung für Klimaschäden in der Dritten Welt zugesagt.** Die Idee dahinter ist nicht nur wackelig, sie beruht auf offensichtlich politischer Täuschung.

Deutschland belastet die Welt mit weniger Emissionen als Entwicklungsländer wie China und Indien. Und die behauptete Kausalität zwischen dem relativen Wohlstand in Europa und dem angeblich bevorstehenden Untergang armer Länder auf der Südhalbkugel ist eine geschickt lancierte Erfindung von Regierungen, die Geld aus der Dummheit europäischer Politiker schlagen.

Seit mehr als zehn Jahren ist im europäischen öffentlichen Bewusstsein die Vorstellung verankert, arme Menschen im Südpazifik würden demnächst ihre Heimat verlieren, weil ihre Inseln im Meer versinken. Propagandistisch geschickt hatte die Regierung des Inselstaates Tuvalu im Jahr 2009 einen Comic lanciert, der das Schreckensbild vom vermeintlich bevorstehenden Ende des Landes bereits Kindern ins Bewusstsein rufen sollte. Von da an war auch bei den deutschen Massenmedien die Einschätzung Konsens: Tuvalu und andere Insel im Südpazifik sind im engeren Sinne des Wortes dem Untergang geweiht.

Am 10.11.2023 berichtete die ARD von der Bereitschaft Australiens zur Rettung der Bevölkerung von Tuvalu: „Der Inselstaat Tuvalu droht im Pazifik zu versinken. Ein Abkommen mit Australien bietet den Bewohnern nun eine Art Klima-Asyl an. Unklar ist, wie viele Menschen der Nachbarstaat aufnimmt.“

Dabei ist bereits seit 2018 wissenschaftlich nachgewiesen, dass Tuvalu nicht versinkt oder kleiner wird, sondern



Dubai und Tuvalu:

Geld verdienen mit dem Klimaschwindel



Außenminister Simon Kofe 2021 bei einer Ansprache an die COP26 in Tuvalu im Wasser, daneben sein Presseattaché, der kurz vor dem Ertrinken zu stehen scheint. Bildrechte: Ministry of Justice, Communication and Foreign Affairs, Tuvalu Government

im Gegenteil trotz eines Anstiegs des Meeresspiegels um 0,4 Millimeter jährlich sogar Landmasse hinzugewinnt. Bereits im Jahr 2018 veröffentlichte das Wissenschaftsmagazin „Spektrum“ dazu Forschungsergebnisse des neuseeländischen Wissenschaftlers Paul Kench:

„Wir neigen dazu, die pazifischen Atolle als statische Landformen zu betrachten, welche einfach vom steigenden Wasser überflutet werden. Aber wir finden zunehmend Belege dafür, dass diese Inseln geologisch dynamisch sind und sich ständig verändern“, so Kench. „Der dominierende Prozess auf Tuvalu war in den letzten Jahrzehnten Wachstum, nicht Erosion.“

Die „Welt“ hat am 23.11.2023 unter der Überschrift „Die falsche Aufregung um den Untergang von Tuvalu“ auf diese Sachlage Bezug genommen. Und es gibt keine einzige wissenschaftliche Untersuchung, die etwas anderes belegt.

Der Untergang Tuvalus im Südpazifik ist ein Märchen, das Politiker und Journalisten uns erzählen. Das Geld, das dem deutschen Steuerzahler für die vermeintliche Rettung der Welt aus den Taschen gezogen wird, ist dagegen echt - ebenso wie es jene politischen und sozialen Realitäten in Deutschland und Europa sind, die ihre scheinbare Legitimation aus den falschen Vorhersagen der Weltuntergangs-Propheten beziehen.